



## Antrag

—

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Verursacherprinzip stärken: LKW-Maut auf Landes- und kommunalen Straßen einführen.**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Sanierungsbedürftig waren im Jahr 2017 rund 45 % aller Landesstraßen, das sind ca. 1.775 km. Für weitere rund 680 km ist eine intensivere Beobachtung nötig. Auch sind 15 % der 742 Brücken an Landesstraßen in einem problematischen Zustand. Diese Schäden stammen insbesondere vom LKW-Verkehr.

Für ein Flächenland ist eine funktionsfähige Infrastruktur essenziell für die Sicherung der Mobilität. Busse und (E-)Autos, Car-Sharing Ansätze und natürlich auch Rettungswagen, Handwerksbetriebe, ambulante Pflegedienste etc. sind auf sichere Straßen angewiesen.

Entsprechend hat das Land seine Mittel für Erhalt und Sanierung von Landesstraßen seit 2016 auf über 87 Millionen Euro jährlich erhöht. Jetzt gilt es mittels einer LKW-Maut für Landes- und kommunale Straßen das Verursacherprinzip zu stärken.

Der Landtag fordert die Landesregierung entsprechend auf,

- ausgehend von § 14 Abs. 3 Straßengesetz LSA einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer LKW-Maut auf Landes- und kommunalen Straßen im Land zu erarbeiten analog zur bestehenden LKW-Maut auf Bundesstraßen und Autobahnen und im I. Quartal 2024 dem Landtag vorzulegen. Die Einnahmen sollen der Instandhaltung und Sanierung der Landes- und kommunalen Straßen sowie einer Förderung des Umweltverbundes dienen.
- sich auf Bundesebene für ein bundesweit einheitliches LKW-Mautsystem auf Landes- und kommunalen Straßen einzusetzen.

## **Begründung**

Ein Hauptgrund für Straßenschäden ist der LKW-Verkehr. Neben der Witterung der entscheidende Faktor für Qualitätsverschlechterungen der Bausubstanz. Im Schnitt fahren ca. 170 LKW täglich auf jeder unserer Landesstraßen. Auf den am stärksten belasteten Landesstraßen fahren weit über 1.000 Fahrzeuge des Schwerverkehrs pro Tag. Zwischen 2005 und 2021 kam es auf manchen Strecken zu einer Vervielfachung. Etwa auf der L 42 ergab sich auf manchen Abschnitten eine Steigerung des LKW-Verkehrs von 1.215 %. Auf der L 20 immerhin noch um 392 %.

Dabei belastet ein schwerer LKW die Fahrbahn mit dem 165-fachen eines PKW. Nicht nur verursacht der LKW-Verkehr direkte Schäden an der Fahrbahndecke, sondern das sogenannte Rutting, ein Nachschwingen des Bodens unter Last, das sich wellenförmig ausbreitet, führt auch zu Schäden im Untergrund etwa bei Versorgungsleitungen und der Kanalisation. Gerade bei Ortsdurchfahrten führt der LKW-Verkehr auch zu Schäden an Gehwegen und anliegenden Gebäuden.

Letztlich beruht das Geschäftsmodell der Speditionen darauf, öffentliche Infrastruktur - insb. Landestraßen - kostenfrei zu nutzen und zu verschleifen. Öffentliche Mittel werden dann eingesetzt, um eben jene Straßen wieder in Schuss zu bringen auch für den LKW-Verkehr, die zuvor von eben diesen LKW's in Grund und Boden gefahren wurden.

Gleichzeitig gefährden Lärm und Emissionen des LKW-Verkehrs die Gesundheit unserer Bevölkerung. Im Sinne des Verursacherprinzips und für mehr Preisehrlichkeit, sind diese Schäden und Risiken auch den Speditionen in Rechnung zu stellen. Auch gilt es den Impuls der Bundesregierung zur Verwendung der Einnahmen aus der LKW-Maut auch für die Förderung des Umweltverbundes zu nutzen im Land aufzugreifen.

Für die Speditionen selbst stellt die LKW-Maut ein Anreizsystem für die Antriebswende dar, denn einzig klimaschädliche Verbrenner-LKW unterliegen der Mautpflicht. Für die Logistikbranche als Ganze wird der Anreiz erhöht, vermehrt Güter auf der Schiene zu transportieren.

Für das Land und die Kommunen geht es um Einnahmen, um Straßenschäden zeitnah ausbessern zu können und den Umweltverbund zu stärken. Insbesondere straßenbegleitende Radwege sind mit den Einnahmen der LKW-Maut zu finanzieren. Denn gerade der LKW-Verkehr stellt ein hohes Gefährdungspotential für Radfahrende dar. Mischverkehre auf Landesstraßen sind entsprechend zu vermeiden. Dass Gelder der LKW-Maut in den Bau von straßenbegleitenden Radwegen fließen, ist daher nur folgerichtig.

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitz